Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung

SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2020)

Heft: 1: Die Energie von morgen

Artikel: Skrupellose Geschäfte im Ausland - so nicht!

Autor: Locher, Hannah

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-864654

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Skrupellose Geschäfte im Ausland – so nicht!

Die Konzernverantwortungsinitiative fordert nur eine Selbstverständlichkeit: Konzerne sollen für Schäden, die sie oder ihre Tochterfirmen verursachen, geradestehen. Leider beweisen skrupellose Geschäftspraktiken von Konzernen wie Glencore, Syngenta & Co. stets aufs Neue, wie nötig die Initiative ist.



Von Hannah Locher
Sekretariat der Konzernverantwortungsinitiative,
hannah.locher@konzern-initiative.ch

Der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore macht immer wieder mit negativen Schlagzeilen auf sich aufmerksam. Korruptionszahlungen, Menschenrechtsverletzungen und gravierende Umweltzerstörung gehören offenbar zum Geschäftsmodell. In Kolumbien beispielsweise, in der Region la Guajira im Nordosten des Landes, betreibt Glencore seit Jahren Teile der Kohlemine El Cerrejón (Foto unten rechts). Es handelt sich um die grösste offene Kohlemine der Welt. Ein Grossteil der abgebauten Kohle wird nach Europa exportiert und in Kohlekraftwerken verfeuert. Auch der Berner Energiekonzern BKW ist zu einem Drittel an einem der grössten deutschen Kohlekraftwerke beteiligt, welche kolumbianische Steinkohle verfeuert.

Massivste Umweltschäden

Mehrere Dörfer mussten der Mine bereits Platz machen, ihre BewohnerInnen wurden zwangsumgesiedelt und verloren ihre Lebensgrundlage. Der Kohleabbau auf 70'000 Hektaren (dreifache Fläche des Kantons Zug) führt zu hoher Feinstaubbelastung und Industrieabwasser verschmutzt den Fluss Ranchería. Die Nichtregierungsorganisation Indepaz hat eine Studie durchgeführt, um die Umwelt- und Gesundheitsrisiken im Abbaugebiet zu beurteilen. Sie kommt zu folgendem

Ergebnis: Mit ihren fünfzehn Sedimentierungsbecken verschmutzt die Mine den Fluss Ranchería. Dieser wichtige Fluss versorgt rund 450'000 Menschen mit Wasser, seine Vergiftung mit hohen Schwermetallkonzentrationen schädigen vor allem die indigenen Wayuu-Gemeinschaften.

Die Menschen werden durch das giftige Wasser krank. Zu den häufigsten Krankheitsbildern gehören Hautkrankheiten wie Ausschläge und Juckreiz, Atemwegserkrankungen, Husten und andauernde Grippesymptome. Lokale ÄrztInnen beobachten viele Fälle von Brust- und Lungenkrebs. Im ganzen Departement herrscht wegen des Bergbaus grosse Wasserknappheit. Frühere Tätigkeiten wie Fischfang, Jagd und Landwirtschaft sind nur noch sehr bedingt möglich. Die Konzernverantwortungsinitiative will solche verantwortungslosen Geschäftspraktiken stoppen.

Konzerne müssen für Schäden geradestehen

Die Manager grosser Konzerne wissen genau, wo ihre Geschäfte mit den Menschenrechten im Konflikt stehen. Doch anstatt auf hoch problematische Geschäfte zu verzichten, werden lieber gutdotierte «Corporate Social Responsibilty»-Abteilungen bezahlt. Dabei steht oft die Imagepflege im Zentrum statt dass die wirklichen Probleme gelöst werden. Unternehmensgewinn zählt in manchen Konzernzentralen mehr als der Schutz von Mensch und Umwelt.

Foto links: Seit fast 20 Jahren vergiftet Glencore die Luft rund um ihre **Kupfermine in Mopani, Sambia,** mit hoch giftigem Schwefeldioxid, was zu schweren Atemwegserkrankungen und Todesfällen führt. Foto rechts: Glencore betreibt seit Jahren Teile der **Kohlemine El Cerrejón in Kolumbien.** Für den Tagebau werden lokale Gemeinschaften zwangsumgesiedelt und sie verlieren ihre Lebensgrundlage. Zudem vergiftet die Glencore-Mine den Fluss Ranchería, der rund 450'000 Menschen mit Wasser versorgt, mit Schwermetallen.





Die Konzernverantwortungsinitiative fordert nur eine Selbstverständlichkeit: Konzerne mit Sitz in der Schweiz sollen für die verursachten Schäden geradestehen und in Zukunft für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen haften, die sie oder ihre Tochterfirmen verursachen. Die Initiative greift mit der zivilrechtlichen Haftung auf ein bewährtes Mittel des Schweizer Rechts zurück. Dieser Haftungsmechanismus wird vor allem auch präventive Effekte haben. Denn das Haftungsrisiko wird dazu führen, dass Wegschauen keine Option mehr ist.

Breite Unterstützung aus Wirtschaft und Kirche

Neben über 120 NGOs aus allen Bereichen der Zivilgesellschaft, darunter auch die SES, unterstützt auch das «Wirtschaftskomitee für verantwortungsvolle Unternehmen» mit über 130 Mitgliedern die Initiative. Die Kirche steht geschlossen hinter dem Anliegen: Die beiden nationalen Gremien der Schweizer Landeskirchen - die Schweizer Bischofskonferenz sowie die Evangelische-reformierte Kirche Schweiz – haben sich für die Initiative ausgesprochen. Und auch das «Bürgerliche Komitee für Konzernverantwortung» mit über 160 bürgerlichen Politikerinnen und Politikern setzt sich für die Initiative ein. Auch auf lokaler Ebene wächst die Unterstützung für die Initiative: Freiwillige haben überall in der Schweiz über 350 Lokalkomitees gegründet. Die unzähligen orangen Fahnen zeigen deutlich, dass viele Menschen hinter der Konzernverantwortungsinitiative stehen. Um aber gegen die Millionenkampagne der Konzerne anzukommen, brauchen wir Ihr Engagement: Helfen Sie mit, möglichst viele Menschen zu informieren und zu mobilisieren.

Andere Länder machen es längst vor!

In vielen anderen Ländern ist längst Tatsache, was die Initiative für die Schweiz fordert. So laufen in den Niederlanden, in Kanada oder in Grossbritannien bereits heute Gerichtsprozesse gegen Konzerne wegen Menschenrechtsverletzungen ihrer Tochterfirmen. Die Einhaltung von Menschenrechten und anerkannten

Umweltstandards ist nicht die dreiste Forderung einiger Realitätsfremden: Sie entspricht dem internationalen Konsens darüber, was richtig und anständig ist.

Die meisten Schweizer Konzerne sind von der Initiative nicht betroffen, weil sie anständig arbeiten. Einige skrupellose Konzerne setzen sich jedoch über Umweltstandards hinweg und ignorieren Menschenrechte. Sie verschaffen sich Konkurrenzvorteile durch Verantwortungslosigkeit. Das darf nicht sein — und muss endlich ein Ende haben!

Seit 2017 wird ein Gegenvorschlag diskutiert



Der Nationalrat hat im Juni 2018 einem Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative zugestimmt, der nur für sehr grosse Unternehmen gelten soll und die Haftungsbestimmungen im Vergleich zur Initiative einschränkt. Trotz solch massiver Abstriche stellte das Initiativkomitee einen Rückzug der Initiative in Aussicht, da der Gegenvorschlag zu einer schnelleren Verbesserung der Situation der Betroffenen führen würde.

Doch im Sommer 2019 hat sich der Bundesrat nachträglich mit einem zweiten Gegenvorschlag eingebracht. Konzerne sollen nicht für angerichtete Schäden geradestehen müssen, sondern bloss einmal im Jahr einen Bericht über Menschenrechte schreiben – resp. erklären, wieso sie darauf verzichten. Der Ständert hat sich für diesen Alibi-Gegenvorschlag ausgesprochen. In der Frühlingssession 2020 werden der National- und Ständerat die Diskussion über Initiative und Gegenvorschlag weiterführen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative im Herbst 2020 stattfinden wird.

Foto links: Die riesige **Glencore-Mine in Cerro de Pasco, Peru**, verpestet Luft, Boden, Wasser mit Blei, Arsen und Schwermetallen und führt auch bei Kindern zu Vergiftungen und schweren Erkrankungen. Foto rechts: **In Yavatmal, Indien,** wurden etwa 800 Landarbeiter beim Ausbringen von Pestiziden auf Baumwollfeldern schwer vergiftet. Zwanzig Menschen sind gestorben. Mitverantwortlich ist das Insektizid «Polo», welches von Syngenta exportiert wird.



